



Editorial

Liebe Leser*innen, im August 2018 fing eine schwedische Schülerin an, jeden Freitag zu streiken. Greta Thunberg hat damit begonnen, weil sie das (Nicht-)Handeln der verantwortlichen Politiker*innen nicht hinnehmen wollte. Aus der Aktion einer Einzelnen entwickelte sich eine der aktivsten Bewegungen junger Menschen, die nun schon mehr als ein halbes Jahr unter dem Motto "Fridays for Future" auf die Straße geht.

Das ist der Hintergrund, vor dem diese Ausgabe steht. In verschiedenen Artikeln beschäftigen wir uns damit, was Marx zur Natur schrieb, wie wir als sozialistischer Jugendverband mit dem Thema Ökologie und Fridays for Future umgehen können und welcher Hass Greta Thunberg entgegenschlägt. Gleichzeitig setzen wir uns auch kritisch mit Forderungen aus der bürgerlichen Ökologiebewegung auseinander und stellen dar, was aus unserer Sicht richtige Konsequenzen wären.

Wir wünschen euch wie immer viel Spaß beim Lesen,

eure Redaktion

02

Lasst uns das Klima retten und das System stürzen!

AK Ökologie der Falken Jena

04

Marx und die Ökologische Frage

Christoph Hövel

06

Ich möchte Teil einer Umweltbewegung sein...

Martin Adrians

08

Völkische Ideologie

Yannick Passeick

09

Ist es zu einfach, beim Klimaschutz gleich mit Kapitalismuskritik zu kommen?

Falken Nürnberg

10

Du bist, was du isst (?)

Steffen Göths

11

Von Verschwesterung und Widerstand - Feministische Bewegung als Hoffnungsträger

Eva Gertz

12

Von Männern und Mädchen

Jana Herrmann

14

„Ohne Organisationen wie uns hätte FfF nie so groß werden können“

Interview mit Leander Dieckow

15

Leser*innenbrief zu Maria Neuhauss „Frauen und Politik - Ein Spannungsverhältnis“

Jan Schneider

16

The Party Socialism Needs

Bundes Sj-Ring

Lasst uns das Klima retten und das System stürzen!

Im Folgenden findet ihr einen Redebeitrag, den der Arbeitskreis Ökologie der Falken Jena am 15. März 2019 bei einer Fridays for Future-Demo gehalten hat.

Liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Mitstreikende, wir sind die Falken Jena. Wir freuen uns, wie viele Leute zusammengekommen sind, um gegen die fortschreitende Zerstörung der Natur ihre Stimme zu erheben. Wir sind beeindruckt, liebe Organisator*innen, was Schüler*innen hier in Jena, in Deutschland und international auf die Beine gestellt haben. Wir wollen den Alltagsstrom zwischen Schule, Ausbildungsstätte und Universität nicht länger mitmachen, während ein Großteil der Gesellschaft dringende globale Probleme systematisch ignoriert. Mit diesem Streik unterbrechen wir symbolisch den Status quo, um darauf aufmerksam zu machen, dass es so wie bisher nicht weitergehen soll.

Auf der einen Seite ist es wichtig, dass der Klimawandel thematisiert und vor allem Konsequenzen daraus gezogen werden. Gleichzeitig fällt uns häufig auf, dass die Art und Weise wie über globale Erwärmung gesprochen wird, einen vernünftigen Umgang damit erschwert. Bei Debatten über den Klimawandel wird gerne auf eine Weltuntergangsrhetorik zurückgegriffen: Die Grundlagen für die bisherige Lebensweise gehen aus, Konflikte um Rohstoffe werden sich verschärfen, der Zusammenbruch unserer Zivilisation steht unmittelbar bevor. Die Vorstellung einer nahenden Apokalypse ist jedoch sowohl gefährlich als auch falsch. Zum einen lassen sich dadurch menschenfeindliche Lösungssätze legitimieren, wie autoritäre

staatliche Eingriffe und antidemokratische Positionen. Diese waren war schon immer ein Einfallstor für rechte Ideen, die nicht mehr Mensch und Natur, sondern Volk und Heimat retten wollen. Diese Rhetorik ist zudem ignorant, da sie bereits bestehendes Leid relativiert. Es wird keinen Tag X geben, an dem alles zusammenbricht. Vielmehr befinden wir uns bereits in einem langwierigen Prozess, welcher die Lebensverhältnisse von immer mehr Menschen drastisch verschlechtert. Die Katastrophe ist für viele Menschen schon heute der Normalzustand: Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sterben jährlich 150.000 Menschen an den fatalen Konsequenzen der globalen Erwärmung – die meisten von ihnen kommen aus dem globalen Süden.

Nicht nur dieses Beispiel zeigt, dass diese Gesellschaft von sozialen Spaltungslinien durchzogen ist. Wir erinnern uns an die Auseinandersetzungen um den Kohleabbau rund um den Hambacher Forst: Während Gewerkschaften und Arbeiter*innen um den Erhalt von Arbeitsplätzen ringen, fordern Ökologiebewegungen und Klimaaktivist*innen einen Rückzug von fossilen Energieträgern. Die Gewerkschaften werfen der Ökologiebewegung vor, die soziale Lage der Arbeiter*innen zu ignorieren. Andersherum wird die Gewerkschaft dafür kritisiert, das Thema Klimawandel sträflich zu vernachlässigen, um die Interessen von Stammbelegschaften zu schützen.

Bei den gegenseitigen Vorwürfen wird häufig übersehen, dass die unterschiedlichen Positionen auf einen Konflikt zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Belangen zurückgehen. Dieser Konflikt hat etwas mit der grundlegenden Art und Weise zu tun, wie wir in dieser Gesellschaft unser Zusammenleben organisieren: Im Kapitalismus. Eine Art der Produktion, deren Zweck nicht in der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse liegt, sondern dessen Ziel, wie es der Name bereits verrät, in der Verwertung des Kapitals besteht. Dieser Prozess der Verwertung des Kapitals ist ein unendlicher Kreislauf, in dem immer nach neuen

Möglichkeiten gesucht wird, aus Geld mehr Geld zu machen. Die Natur, die eigentlich die Lebensgrundlage aller Menschen bildet, spielt in diesem Prozess nur eine untergeordnete Rolle, als auszubeutende Ressource. Ihre Zerstörung erscheint deshalb unter den Bedingungen des allgemeinen Konkurrenzkampfes so lange rational, wie sich daraus ein Profit erwirtschaften lässt.

Dieser Zustand ist weder hinreichend erklärt noch bekämpft, wenn man das kurzfristige und profitorientierte Denken von Akteur*innen aus Wirtschaft und Politik als alleiniges Problem bestimmt und anprangert. Die Motivation für das Streben nach immer mehr Geld liegt nicht in der Profitgier derjenigen Menschen begründet, die diesen Prozess voranbringen, sondern in dem Zwang der Konkurrenz dem diese selbst ausgesetzt sind. Unternehmen sind gezwungen, neue Verwertungsmöglichkeiten schneller zu finden und auszunutzen als ihre Konkurrent*innen. Wenn sie im Wettstreit mit anderen Unternehmen verlieren, müssen sie Bankrott anmelden, was unter momentanen Bedingungen wiederum den Verlust von Arbeitsplätzen und der Lebensgrundlage von Menschen zur Folge hätte. Der Staat befindet sich dabei in einer Zwickmühle: Um zu verhindern, dass Unternehmen ins Ausland abwandern, betreiben sie eine Politik, welche Kapitalinteressen schützt, um nationale Standortvorteile zu bewahren und auszubauen. Diese Politik kollidiert nicht nur mit dem Schutz der Umwelt, wie dem Erreichen von Klimazielen: Statt dem Elend ein Ende zu bereiten, verwaltet es dieses nur – mal besser, meist schlechter.

Eine staatliche Politik innerhalb des Kapitalismus, wird niemals die Bedürfnisse der Menschen und der Natur in den Vordergrund ihres Handelns stellen. Dennoch macht es Sinn die Spielräume staatlichen Handelns auszuloten und auf politische Parteien, gerade jetzt, wo die Landtagswahlen anstehen, Druck aufzubauen: Wir fordern den Ausstieg aus dem Kohleabbau, kostenlosen Nahverkehr für Alle, fahrradfreundliche und autofreie Innenstädte und Ausweitung von



Die Falken Jena bei Fridays for Future im März 2019

Grünanlagen! Dies sind sinnvolle und wichtige Veränderungen - sie vermögen Klimaschäden hinauszuzögern und die Lebensbedingungen von Menschen punktuell zu verbessern.

Wenn wir den Klimaschutz und die Zukunft der Menschheit ernst nehmen, dürfen unsere Forderungen jedoch nicht bei Reformen wie der Verkehrswende¹ stehen bleiben. Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist die Abschaffung aller menschenfeindlichen Strukturen wie Kapitalismus, Patriarchat und Nationalstaaten. Es liegt an uns, die wir hier und in über 100 Ländern gegen die Zerstörung unserer Welt streiken, nicht locker zu lassen und an den Grundfesten eines Systems zu rütteln, dem wir die gesamte Misere

zu verdanken haben! Eine ökologische Perspektive ist unvollständig, ohne die Auseinandersetzung mit der sozialen Frage. Und die Thematisierung der sozialen Frage greift zu kurz, wenn das Thema Ökologie ausgeklammert bleibt. Lasst uns innerhalb einer Gesellschaft der Konkurrenz, Erfahrungen des Widerstands und der gelingenden Kollektivität [d.h. Zusammenleben, Anm. d. Red.] organisieren! Lasst uns zusammen lernen und herausfinden, was in dieser Gesellschaft falsch läuft und wie wir sie überwinden können!

Lasst uns das Klima retten und das System stürzen!

AK Ökologie der Falken Jena

¹ Der Begriff Verkehrswende benennt den Prozess, Verkehr und Mobilität auf nachhaltige Energieträger und eine Vernetzung verschiedener Formen des Individualverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs umzustellen.

ALLE REDEN
ÜBERS WETTER
WIR AUCH



Marx und die Ökologische Frage

Zum Zusammenhang von Naturzerstörung und Kapital

In Bezug auf die Soziale Frage wird Marx auch heute noch Aktualität beigemessen. So heißt es oft, er habe eindrücklich auf die sozialen Verwerfungen des Kapitalismus hingewiesen und gezeigt, wie die Menschen zu seiner Zeit – insbesondere in England – unter einem ungezügelter Kapitalismus litten. Davon allerdings abgesehen, so die verbreitete Meinung, habe Marx zur größten und bedrohlichsten Krise der modernen Gesellschaft nichts beigetragen: der zunehmenden Naturzerstörung. Mit der immer fortschreitenden Industrialisierung wird schließlich die natürliche Grundlage der modernen Gesellschaft zunehmend untergraben. Der Raubbau an der Natur nimmt Ausmaße an, die mit dem fortschreitenden Klimawandel die menschliche Existenz bedrohen.

Der Wert

Wert hat bei Marx zwei Bedeutungen, die eng zusammenhängen. Zunächst bedeutet Wert bei Marx, die für jede Gesellschaftsform notwendige Verteilung der insgesamt in einer Gesellschaft zur Verfügung stehenden Arbeitszeit auf die Produktion der von Menschen benötigten Güter. Diese Verteilung hat unter kapitalistischen Bedingungen eine besondere Form: den Tauschwert, den Marx auch gelegentlich einfach als Wert bezeichnet. Wert als die insgesamt zur Verfügung stehende Arbeitszeit einer Gesellschaft ist dabei der Inhalt und Wert als Tauschwert, d. h. als geldbestimmte Größe, ist seine Form. Marx zufolge ist der kritische Kern des Kapitals die Erklärung, warum dieser Inhalt (die Verteilung der Arbeitszeit auf die Produkte) jene Form (den Tauschwert und letztlich das Geld) annimmt. Der Grund dafür ist Marx zufolge, dass die gesellschaftliche Produktion nicht gesamtgesellschaftlich organisiert wird, sondern privat von einzelnen Kapitalist*innen. Der notwendige gesellschaftliche Zusammenhang der gesamtgesellschaftlichen Produktion muss unter diesen Bedingungen immer nachträglich hergestellt werden und diese Funktion erfüllt der Tauschwert bzw. das Geld.

Von dieser ökologischen Bedrohung durch die moderne Produktionsweise konnte Marx seinerzeit sicherlich nichts wissen. Es wäre aber falsch anzunehmen, dass die im Kapital dargestellte Kritik der modernen bürgerlichen Wirtschaftsweise keinen Beitrag zur Erklärung der ökologischen Krise leisten könne. Zwar wird Marx vielfach aus dem Bereich der sogenannten Postwachstumsökonomie vorgeworfen, die Naturzerstörung im Dienste der Steigerung der Produktivität zu befürworten. Allerdings zeigt sich, dass solche Verzerrungen von Marx' Kritik auch eine wesentliche Einsicht in die ökologische Krise preisgeben müssen. Im Folgenden soll dies an einem Artikel von Niko Paech demonstriert werden. Paech ist ein herausragender Vertreter der Postwachstumsökonomie und hat den Begriff vor allem in Deutschland geprägt.

Verwirrung im Wertbegriff

Unter der Überschrift „Postwachstumsökonomik – Wachstumskritische Alternativen zu Karl Marx“ rechnet Paech in seinem Beitrag zur Sonderausgabe der Zeitschrift APuZ zum Kapital vom 8.5.2017 mit Marx ab. Im Zentrum der Kritik steht dabei die sogenannte Arbeitswertlehre. Paech merkt hierzu an, „[d]as Dogma der marxschen Arbeitswertlehre, wonach allein Arbeit Wert erzeugen kann, blendet den Beitrag ökologischer Plünderung zur Wertschöpfung aus.“ Dabei fällt Paech selbst auf, dass Marx bereits auf den ersten Seiten des Kapitals festhält: „Arbeit ist also nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten Gebrauchswerte, des stofflichen Reichtums. Die Arbeit ist sein Vater [...] und die Erde seine Mutter.“ Trotz dieser Feststellung hält Paech an seiner Kritik fest: Marx messe der Natur keinen Wert bei. Dabei sitzt Paech hier einem grundlegenden Missverständnis auf. Um seine Kritik zu belegen, zitiert er wiederum aus dem Kapital. Dort heißt es über unbearbeitete Natur, wie wildwachsendes Holz und die Luft, die wir atmen, dass sie zwar nützlich ist, aber keinen Wert besitzt. Nun macht Paechs Bemerkung, Marx messe der Natur keinen Wert bei, nur als moralische Entrüstung Sinn. Paech ist also der Ansicht, Marx solle der Natur einen Wert beimessen. Zudem wird damit die Nichtbeachtung des Wertes der

Natur als wesentlicher Aspekt der ökologischen Krise behauptet. Der Fehler in Paechs Argumentation liegt hier darin, dass er mit dem Wertbegriff eine moralische Bedeutung verbindet, die sich bei Marx gar nicht findet. Paech versteht den Wert der Natur, in dem Sinne, indem wir vom Wert der Kultur, vom Wert eines Menschenlebens oder ähnlichem sprechen. Für Marx dagegen ist Wert zunächst eine gesellschaftliche Kategorie.

Wert als ökonomische Kategorie

Mit dem Wert zielt Marx auf das Ganze der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Der Wert kann niemals der Wert einer einzelnen Ware, unabhängig von allen anderen Waren sein. Wert meint immer schon das Ganze kapitalistischer Produktion. Im Gegensatz dazu ist der Wert als moralische Zuschreibung, wie ihn Paech versteht, eine individuelle Angelegenheit. Denn der Wert in diesem Sinne ist davon abhängig, dass ihn Einzelpersonen Gegenständen oder anderen Personen zuschreiben. Dieser Wert ist nicht objektiv, man kann ihn einer Sache oder Person zuschreiben, oder eben auch nicht. Wert wie Marx ihn hingegen versteht, ist immer eine notwendige Eigenschaft der Waren in einer kapitalistischen Produktionsweise. Unabhängig von der subjektiven Zuschreibung von Wert zeigt sich dieser in herrschenden gesellschaftlichen Zwängen, denen letztlich niemand entfliehen kann. Diese Zwänge äußern sich im Kapitalismus in einem grundlegenden Widerspruch.

Laut Marx beherrscht unter kapitalistischen Bedingungen „der Produktionsprozess die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozess“. Die angebliche Freiheit der Marktteilnehmer*innen, kaufen zu können, was sie wollen, ist in Wahrheit ihre Unfreiheit. In der Vorstellung vom freien Warenmarkt wirtschaftet jede*r für sich alleine. Diese Vorstellung blendet die vielfältigen Zusammenhänge der gesellschaftlichen Warenproduktion aus. Beispielsweise lässt sich keine Limonade herstellen, ohne den landwirtschaftlichen Anbau und Abbau der Inhaltsstoffe, die Gewinnung trinkbaren Wassers, die Herstellung geeigneter Flaschen zur Befüllung und der vielfäl-

tigen technischen Geräte, die im Herstellungsprozess der Limonade zum Einsatz kommen. Alle diese Güter müssen ebenfalls hergestellt werden, damit die Limonade hergestellt werden kann. Wie ein enges Netz durchzieht die moderne Wirtschaft die gesamte Weltgesellschaft mit ihren voneinander abhängenden Produktionsprozessen. Obgleich aber jede Herstellung von Gütern von vielfältigen anderen Gütern abhängt, stellen alle Produzent*innen unabhängig voneinander ihre Güter her. Die Herstellung erfolgt privat, obgleich sie auf dem gesellschaftlichen Zusammenhang der Produzent*innen basiert. Dieser gesellschaftliche Zusammenhang, ohne den die Privatproduktion nicht funktionieren würde, stellt sich nach Marx durch den Tauschwert her. Mittels des Tauschwertes verteilt sich unabhängig vom Willen der einzelnen Produzent*innen die gesamtgesellschaftliche Arbeit auf die herzustellenden Produkte. Da diese Verteilung allerdings ohne das bewusste Handeln der Menschen geschieht, werden diese von ihrer eigenen Wirtschaftsweise beherrscht, anstatt ihre Wirtschaft zu beherrschen.

Der Kapitalismus kann der Natur keinen Wert beimessen

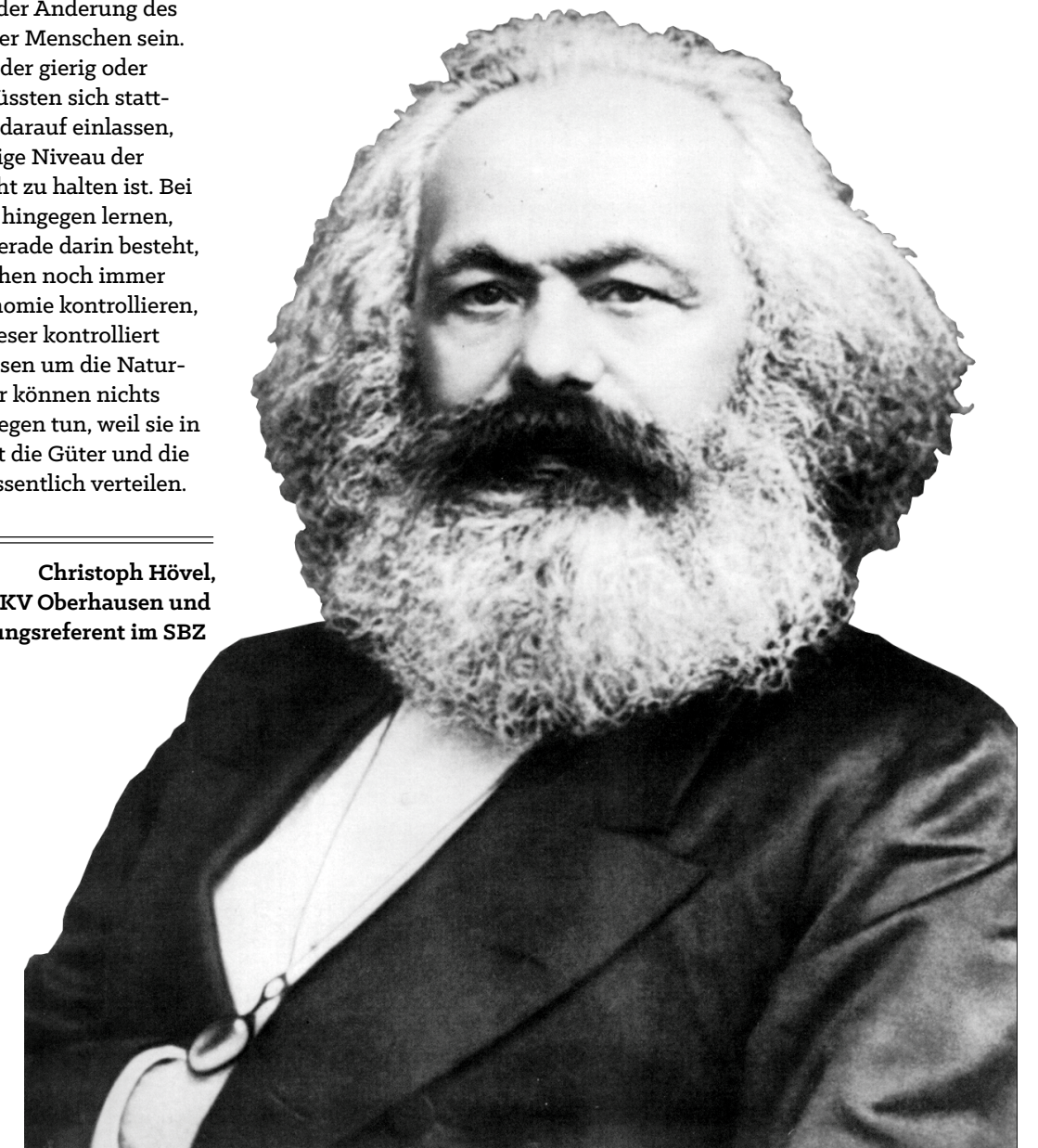
Dass Marx der Natur keinen Wert beimisst, liegt also nicht an seiner Missachtung der natürlichen Grundlage des menschlichen Lebens. Es liegt daran, dass die kapitalistische Wirtschaft der Natur keinen Wert beimessen kann, weil sie sich vom Willen und Wissen der Menschen unabhängig vollzieht. Zwar haben Produzent*innen und Konsument*innen ganz abstrakt gesehen eine Wahl, was sie herstellen bzw. konsumieren wollen. Keine*r ist gezwungen für die Umwelt möglichst zerstörerische Produkte herzustellen und zu erwerben. Konkret beschert eine rücksichtslose Ausbeutung der Natur und des Menschen aber besonders gute Profite und stößt die Abstimmung der Konsument*innen mit ihrem Geldbeutel schnell an die Grenze bisweilen prekärer Löhne, also die Folge der permanenten Mehrwertabschöpfung bei den Arbeiter*innen. Alle diese und noch weitere Probleme die einer effektiven Bekämpfung des Klimawandels entgegenstehen, sind die Folge einer Wirtschaftsweise, in der der Tauschwert in Gestalt des Geldes Selbstzweck der gesamten Produktion ist und nicht die Herstellung nützlicher Güter. Dieses Grundproblem, das in der mangelnden Organisation

Postwachstumsökonomie

Als „Postwachstumsökonomie“ wird eine Wirtschaft bezeichnet, die ohne Wirtschaftswachstum eine stabile Versorgung aller Menschen sicherstellt. Dies geht jedoch mit einem reduzierten Konsumniveau einher.

unserer Produktion verankert ist, missachtet die **Postwachstumsökonomik** Paechs. Er kann daher auch nicht erklären, warum sich die Menschheit trotz besseren Wissens weiter auf den Abgrund zubewegt. Für Paech muss all das letztlich nur eine Frage der Änderung des Bewusstseins der Menschen sein. Sie seien entweder gierig oder bequem und müssten sich stattdessen endlich darauf einlassen, dass das bisherige Niveau der Produktion nicht zu halten ist. Bei Marx lässt sich hingegen lernen, dass das Übel gerade darin besteht, dass die Menschen noch immer nicht ihre Ökonomie kontrollieren, sondern von dieser kontrolliert werden. Sie wissen um die Naturzerstörung, aber können nichts Wirksames dagegen tun, weil sie in ihrer Wirtschaft die Güter und die Arbeit nicht wissentlich verteilen.

Christoph Hövel,
KV Oberhausen und
Bildungsreferent im SBZ



Ich möchte Teil einer Umweltbewegung sein...

„It's the economy, stupid“ wusste schon Bill Clinton¹ während seiner Präsidentschaftskampagne gegen George Bush Senior 1992. Wenn wir als Verband also über Ökologie und die drohende Klimakatastrophe diskutieren, lohnt sich ein Blick auf die Art und Weise, wie Menschen derzeit wirtschaften, also auf den Kapitalismus.

Der Raubbau² an der Natur und die schonungslose, wenig bis gar nicht nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, erklärt sich daher, dass die Natur – neben der menschlichen Arbeitskraft – die Quelle allen Reichtums ist.³ Diese beiden Ressourcen kann das Kapital ausbeuten, um sich zu vermehren. Nun ist es so, dass Kapital – vermittelt durch Geld – welches sich durch den Einsatz von Maschinen, menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen vermehrt hat ($G - W - G'$)⁴ nicht einfach nur vermehrtes Kapital bleibt: Auch dieses Kapital muss aus seiner eigenen Logik heraus wieder eingesetzt werden, um mit Hilfe menschlicher Arbeitskraft, Maschinen und noch mehr natürlicher Ressourcen wieder vermehrt zu werden. Je mehr Druck das Kapital hat, sich zu vermehren, desto mehr natürliche Ressourcen werden also ausgebeutet. So sind zum Beispiel moderne PKW nicht darauf ausgelegt, dass man sie möglichst lange Zeit nutzen kann, sondern auf Verschleiß. Denn so können mehr Autos auf dem Markt abgesetzt werden und Kapital vermehrt

werden. Bei der Produktion eines VW Golf entstehen beispielsweise ungefähr 4,5 Tonnen CO₂-Emissionen (Emissionen pro Kopf in Deutschland ca. 8,9 Tonnen) – man kann sich also vorstellen, wie klimaschädliche eine solche Produktionsweise ist. Der beschriebene Kreislauf ist im Kapitalismus nicht zu durchbrechen.

Dass die menschliche Arbeitskraft mehr und mehr etwa durch Maschinen aus dem Produktionsprozess verdrängt wird, wirkt als Beschleuniger für die Vernichtung natürlicher Ressourcen und damit auch für die Freisetzung klimaschädlicher Gase. Menschliche Arbeitskraft hat nämlich eine sehr interessante Eigenschaft: Sie schafft mehr Wert, als sie wert ist. Das bedeutet, dass ein*e Arbeiter*in, der*die bei VW in der Fabrik Autos zusammenschraubt und dafür ca. 23 € verdient, in einer Stunde mehr Wert schafft als diese 23 €. Diesen so genannten Mehrwert behält VW für sich, einerseits als Ausschüttung, andererseits als Geld, dass man wieder in die Produktion investieren kann. Dadurch, dass immer weniger menschliche Arbeitskraft gebraucht



Protest von „Ende Gelände“ in Kerpen

Bild: Leonhard Lens

wird, um ein Produkt herzustellen und daraus folgend das Produkt auch weniger wert ist, muss die Menge der produzierten Produkte also erhöht werden, um dieselbe Masse an Wert zu erzielen. Größerer Ressourceneinsatz in der Produktion und dadurch mehr freigesetzte Klimagase sind die logische Folge.

Wo liegen welche Interessen?

In der aktuellen politischen Debatte um den Ausstieg aus der irrsinnigen Braunkohleverstromung wurde von Gewerkschafter*innen wie Vertreter*innen der Braunkohlelobby häufig der Klimaschutz gegen die Arbeitsplätze der Beschäftigten von RWE und Co gestellt - obwohl es sich bei der Braunkohle nachweislich um den Energieträger handelt, der am meisten CO₂ freisetzt. Auch in unserem Verband hat es solche Äußerungen gegeben. Offensichtlich entscheiden sich diese Leute für den Spatz in der Hand: Der Schutz der tatsächlich gut bezahlten heutigen Arbeitsplätze im Braunkohlesektor erscheint wichtiger als der Schutz des Klimas und damit auch der Lebensgrundlage zukünftiger Generationen. In Analogie⁵ zu Heinz Brandts⁶ Wort vom „Atomfilz“ scheint sich zwischen den großen Energiekonzernen und der Branchengewerkschaft eine „Braunkohlefilz“ gebildet zu haben. Ob die scheinbare Alternative Klimaschutz oder Arbeitsplätze im Interesse der Lohnabhängigen gestellt ist, erscheint fraglich. Nicht nur, dass im Sektor der erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze entstehen; sondern auch das Unterstellen gemeinsamer Interessen der Belegschaft und der Stromkonzerne scheint mir doch sehr konstruiert. Als ginge es RWE bei den Tagebauen im Rheinland um die Beschäftigten und nicht um die eigenen Profite.⁷ Oder hörte man jemals von deren Seite, dass RWE diejenigen Beschäftigten, deren Arbeitsplätze vom Braunkohleausstieg bedroht sind, an anderer Stelle im Unternehmen weiterbeschäftigt? Natürlich sollten wir als Verband solidarisch mit denjenigen sein, deren Arbeitsplätze bedroht sind, aber nicht mit einem faulen Kompromiss zu Ungunsten des Klimas. Das Recht auf Arbeit ist mit dem Kapitalismus nämlich genauso wenig vereinbar wie der Schutz des Klimas.

Was heißt das für uns Falken?

Auch im Verband war die Diskussion um das Verhältnis zur Umweltbewegung schon weiter: Im Bezirk



Bild: Karin Karin, Pixabay

Westliches Westfalen wurde schon 1979 in Bezug auf Umweltschäden, Atomkraft und der sich gerade neu bildenden Partei „Die Grünen“ festgelegt: „Und heute geht es nach unserer Meinung um das Überleben der Gattung Mensch schlechthin“⁸ (Hervorgehoben im Original). Genauso wie wir selbstverständlich die Gewerkschaften bei Tarifauseinandersetzungen kritisch-solidarisch unterstützen, – vor Solidaritätserklärungen mit den streikenden Beschäftigten scheut sich glücklicherweise kein*e hochrangige*r Funktionär*in der Falken – sollten wir uns auch zur Umweltbewegung verhalten. Denn genau wie bessere Tarifabschlüsse Nebenprodukt des Klassenkampfes sind, so ist doch jedes verhinderte Atomkraftwerk, jede verhinderte Umweltkatastrophe und jedes nicht freigesetzte Kilogramm CO₂ ein Nebenprodukt beim Kampf gegen die Umweltzerstörung. Zugespißt formuliert: Wenn die Erde sich so verändert, dass menschliche Zivilisation auf ihr nicht mehr möglich ist, dann haben wir auch keine Grundlage mehr, auf der wir die soziale Frage stellen können.

Die kapitalistische Produktionsweise ist also Klimakiller Nummer 1. Wer das Klima wirklich retten will, muss den Kapitalismus abschaffen. Greta Thunberg, die Initiatorin der „Fridays for Future“-Bewegung, hat dies in ihrer vielbeachteten Rede auf dem UN-Klimagipfel in Katowice so ausgedrückt: „And if solutions within the system are so

impossible to find, maybe we should change the system itself. [...] We have come here to let you know that change is coming, whether you like it or not. The real power belongs to the people.“ („Und wenn innerhalb des System keine Lösungen [für den Klimawandel, Anm. MA] gefunden werden können, dann müssen wir vielleicht das System ändern. [...] Wir sind hierhergekommen um euch zu sagen, dass der Wandel kommt, ob ihr es mögt oder nicht. Die wirkliche Macht gehört den Menschen.“ Übers. MA). Am 15. Februar haben sich in Deutschland 30.000 Schüler*innen den „Fridays for Future“-Demonstrationen angeschlossen. Hierzulande existiert also bereits eine Schüler*innenklimabewegung, die mehr Menschen zu mobilisieren vermag, als wir als Verband es können. Warum aber zauderte unser Bundesverband (denn lokal sind doch einige Gliederungen involviert in die Fridays for Future) so lange, die Fridays for Future zu unterstützen? Wieso behaupten Teile des Verbandes Ökologie und Klimawandel hätten keinen Bezug zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen? Unser Verband sollte doch an der Spitze der Klimabewegung stehen und dort versuchen, die Schüler*innen für die Antwort auf die Klima- wie die Soziale Frage zu gewinnen: Den Sozialismus.

Martin Adrians
BZ Niederrhein

¹ Naja, eigentlich kommt der Spruch von seinem Wahlkampfstrategen James Carville, aber sei's drum.

² Raubbau: intensives Nutzen einer Sache, die den Bestand dieser Sache gefährdet.

³ vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms.

⁴ Durch Geld vermitteltes Kapital, dass durch Einsatz von Waren wie Maschinen, menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen zu mehr Geld (G') gemacht wird.

⁵ Eine Analogie besteht, wenn zwei Sachverhalte oder Dinge sich in einigen Merkmalen ähneln, auch wenn sie sich in anderen Merkmalen unterscheiden.

⁶ Heinz Brandt (*16.08.1909, + 08.01.1986) war im Nationalsozialismus kommunistischer Widerstandskämpfer und nach der Niederlage des deutschen Faschismus SED-Funktionär. Nachdem er als SED-Funktionär abgesetzt wurde berichtete er dem Ost-Büro der SPD über oppositionelle Strömungen in der DDR. 1958 floh er in die BRD und wurde Redakteur der IG-Metall Zeitung Metall. Er war Gründungsmitglied der Grünen.

⁷ Mein Vater hat im Kraftwerk Frimmersdorf im Kreis Neuss gearbeitet und ist aus dem Unternehmen ausgeschieden, da er mit seinem Altvertrag zu teuer war. Seine Arbeit verrichtet jetzt ein Subunternehmen. So viel zu den Interessen von RWE.

⁸ Nachzulesen im Archiv der Arbeiterjugendbewegung unter der Signatur SJD-WW-RE 40.

¹ Ethnopluralismus wird in Deutschland insbesondere von der Identitären Bewegung vertreten. Mehr zu der Identitären Bewegung findet ihr in der letzten AJ zu Rechtspopulismus.



Völkische Ökologie

Über die Bedeutung von Umwelt und Natur für die extreme Rechte

Der Natur- und Umweltschutz wird in der Öffentlichkeit zumeist als eine junge Bewegung wahrgenommen und zudem mit alternativen Lebensstilen, liberalen Werten und linkspolitischen Strömungen verknüpft.

Die mehr als 100-jährige Geschichte des deutschen Naturschutzes, die immer wieder auch Verknüpfungen und Überschneidungen mit nationalistischen und völkischen Ideologien aufweist, ist kaum jemandem präsent. Angefangen mit der sogenannten „Heimatschutzbewegung“ Ende des 19. Jahrhunderts über die naturnahe Lebensreformbewegung bis in den Nationalsozialismus waren Ideen vom Schutz der Natur und Umwelt eng mit dem Schutz des „deutschen Volkes“ verbunden.

Es wurden und werden Annahmen aus der Biologie auf Menschen und menschliche Gesellschaften übertragen. Das nennt sich dann Biologismus und findet zum Beispiel seinen Ausdruck in migrationsfeindlichen Argumentationen: Demnach haben Menschengruppen genau wie Tierarten festgelegte Habitate und sind Teil eines starren Ökosystems, das durch Veränderungen geschädigt wird. Die Schlussfolgerung der extremen Rechten daraus ist es, dass alle Menschen in ihren Herkunftsländern bleiben sollen, um nicht die Umwelt und Kultur an anderen Orten zu schädigen. Sie nennen dieses Konzept „Ethnopluralismus“¹.

Extrem rechte Einzelpersonen und Gruppierungen engagieren sich auf viele Weisen im Natur- und Umweltschutz. Sie wehren sich gegen Gentechnik und Atomeenergie. Wir begegnen ihnen auf Demonstrationen gegen Freihandelsabkommen und gegen eine ausbeuterische industrialisierte Landwirtschaft. Auch der Schutz von Tieren liegt ihnen am Herzen – insbesondere, wenn es um religiös bedingte Schlachtmethode von Menschen muslimischen oder jüdischen Glaubens geht.

National vs. global

Die Grenzen zwischen den politischen Lagern scheinen zu verschwimmen. Tatsächlich decken sich viele Forderungen der grünen Braunen mit denen von (Jugend-) Umweltverbänden und Naturschutzorganisationen. Genau dort besteht eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Mithilfe ökologischer Themen können Rechtsextreme ihre menschenverachtenden Positionen in die Mitte der Gesellschaft bringen und normalisieren. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass diese Themen nicht nur als Deckmantel genutzt werden, sondern dass sich Rechtsextreme wirklich um die Natur und teilweise auch die Umwelt sorgen. Nur ist dieser Naturschutz völkisch und antidemokratisch ausgerichtet und eine globale Perspektive des Umweltschutzes spielt keine Rolle. So wird beispielsweise durch alle extrem rechten Gruppierungen und Parteien der menschengemachte Klimawandel gelehrt, sich aber trotzdem mit Protesten wie denen für den Erhalt des Hambacher Waldes solidarisiert. Denn es geht schließlich um den Erhalt eines „deutschen Waldes“, der für die extreme Rechte eine besondere identitätsstiftende Funktion hat. Liest man sich durch die rechte

FARN ist ein gemeinsames Projekt der NaturFreunde Deutschlands und der Naturfreundejugend Deutschlands und untersucht die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen und bietet Information, Beratung und Qualifikation. FARN wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Mehr Infos unter www.nf-farn.de

Demokratie
leben!

Medienlandschaft, begegnen einem Formulierung von der „deutschen Waldseele“, die für ihr Wohlbefinden so oft wie möglich von Bäumen umgeben sein und den multikulturellen Städten entfliehen müsse. Menschen aus dem globalen Süden könnten dieses Gefühl überhaupt nicht nachvollziehen, da ihnen die Verbindung zum hiesigen Boden fehlen würde und deshalb lebten sie auch in Städten. Ganz in diesem urbanitätskritischen Sinne wirbt das rechtsextreme Netzwerk „Ein Prozent für unser Land“ auf seiner Webseite für eine „patriotische Raumnahme“ und sucht nach nationalistischen Landwirt*innen und Handwerker*innen, die strukturschwache Regionen stärken und nach einem völkischen Prinzip wiederbeleben sollen. Da geht es

auch um „die Umstrukturierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die endgültige Abkehr vom Wirtschaftswachstum“. Letzteres könnte so auch in linksorientierten Postwachstumskreisen geschrieben worden sein.

Möglichkeiten der Abgrenzung

Wie sollte man sich also bei gleichen Forderungen verhalten? Aus emanzipatorischer und demokratischer Sicht muss grundsätzlich eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Einzelpersonen und Gruppen in Bündnissen, Initiativen oder Vereinen ausgeschlossen werden. Das kann durch eine einfache Erweiterung der Satzung oder des Aktionskonsenses um ein

Bekennnis zur Weltoffenheit und Toleranz sowie die Möglichkeit des Ausschlusses bei rassistischen Äußerungen geschehen. Auch wenn man sich sonst in allem einig sein sollte, sorgt die Akzeptanz Rechtsextremer für eine Normalisierung ihrer Positionen. Im Kontext der Jugendbildungsarbeit auf Freizeiten oder ähnlichem lohnt es sich, einen respektvollen Umgang mit der Natur ebenso wie mit den Menschen zu fördern und nicht gegeneinander zu stellen. So lassen sich biologische Denkmuster frühzeitig vermeiden und die Anschlussfähigkeit für die extreme Rechte eindämmen.

Yannick Passeick,
Bildungsreferent bei FARN

Ist es zu einfach, beim Klimaschutz gleich mit Kapitalismuskritik zu kommen?

Allein 100 Unternehmen sind der Ursprung von 70% der weltweiten Treibhausgasemissionen seit 1988¹. Die Klimakrise ist also kein Versagen von uns Einzelnen, sondern hat ein größeres Problem dahinter. Es ist richtig, so oft wie möglich umweltbewusst zu handeln: Plastik sparen, Fleischkonsum verringern etc., aber mindestens genauso wichtig ist es, die Hauptverursacher des Klimawandels zu stoppen. Diese sind eben Unternehmen. Unternehmen kommen nicht drumherum, Profite zu machen, weil sie sonst in der Konkurrenz untergehen. Diese auf Konkurrenz basierende Gesellschaftsform wird Kapitalismus genannt. Das wollen wir Falken ändern. Wir wollen eine Gesellschaft erstreiten, in der Menschlichkeit und Nachhaltigkeit die Grundpfeiler werden. Eine Gesellschaft, die sich von der Rücksichtslosigkeit des Konkurrenzprinzips lossagen kann. Wie dies aussieht, wissen wir nur teilweise, aber wir kennen ihre Ideale. Wir wollen nicht zurück in die DDR, sondern vorwärts in eine Zukunft, die für unsere Umwelt und ein schönes Leben aller Menschen alternativlos ist. Wir nennen diese Gesellschaftsform dann Sozialismus. Ob du das auch möchtest, musst du selbst entscheiden, aber Umweltschutz bleibt antikapitalistisch.

WIR FALKEN.
DEIN WIDERSTAND.

Falken Nürnberg

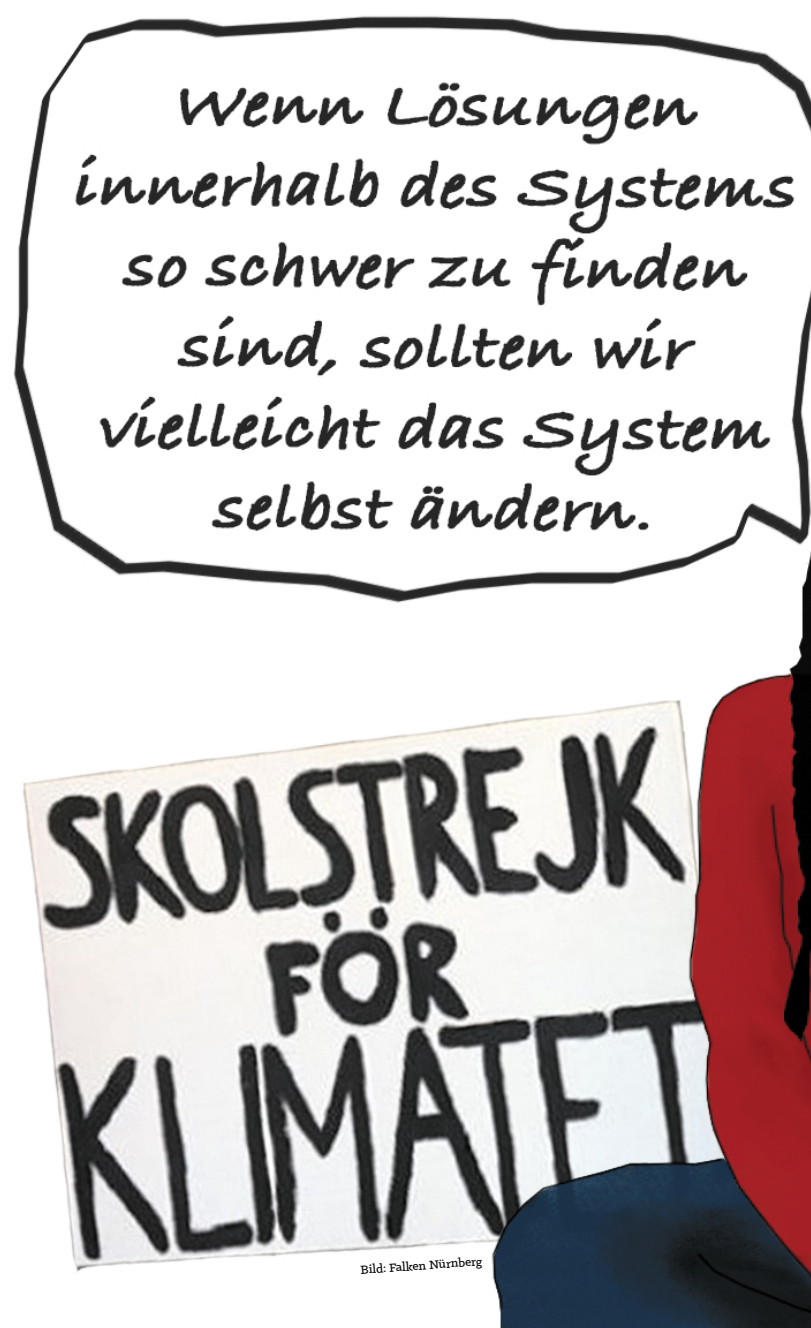


Bild: Falken Nürnberg

¹CDP Carbon Majors Report 2017

#getactive #fridaysforfuture

Flyer der Falken Nürnberg

In eigener Sache

Wohnen ist eine Notwendigkeit. Jede*r braucht einen Ort um zu schlafen, seinen Kram abzustellen und sich für kurze Zeit dem öffentlichen Raum entziehen zu können. Dennoch gibt es Probleme bei der Verfügbarkeit von Wohnraum. Der Mangel von bezahlbarem Wohnraum, vor allem in Großstädten, sowie die Verdrängung früherer Mieter*innen aus beliebten Städten durch zahlungskräftigere Klientel ist ein Dauerthema in der linken Szene. Und wie prägt die aktuelle Gestaltung des Wohnraums eigentlich unser Zusammenleben, beispielsweise weil Wohnungen größtenteils auf Kleinfamilien zugeschnitten sind? Gibt es alternative Wohnformen, alternative Formen des Zusammenlebens? Was habt ihr für Probleme bei der Wohnungssuche oder beim Wohnen generell und was wären mögliche Auswege daraus?

Wir freuen uns über alle Beiträge zu diesen oder weiteren Themen rund ums Wohnen. Außerdem könnt ihr auch Interviews führen, spannende Bücher, Filme und Musik rezensieren oder Diskussionsbeiträge zu früheren AJ-Artikeln schreiben.

Artikelideen- und Vorschläge schickt ihr wie immer an unsere Redaktionsadresse: sergio.perder@sjd-die-falken.de. Bei Fragen spricht uns gerne an.

Der Redaktionsschluss ist der 14. Oktober 2019.

Du bist, was du isst (?)

Über den Anspruch, durch Konsum die Welt zu verändern

Wir hören es immer wieder: Gegen den Klimawandel und für eine andere Welt können wir alle etwas tun, immer wenn wir irgendwo Geld ausgeben. Wir sollen Lebensmittel nur aus ökologischer Produktion kaufen, Kleidung nur aus Bio-Baumwolle und möglichst fairem Handel und wir sollen ganz generell darauf achten, dass Dinge möglichst unverpackt sind und aus der eigenen Region stammen. Dahinter steckt eine Vorstellung, die sich als ethischer Konsum bezeichnen lässt.

Was heißt eigentlich ethischer Konsum?

Ethik bedeutet zunächst, sich mit der Grundlagen und der Bewertung menschlichen Handelns auseinanderzusetzen. Dabei stehen vor allem Handlungen, die mit der Moral einer Gesellschaft im Einklang sind, als "gute Handlungen" im Vordergrund. Konsumethik überträgt diese Überlegungen nun auf den individuellen Konsum einer*ines jeden. Guter Konsum zeichnet sich in dieser Vorstellung dann dadurch aus, dass er bestimmten moralischen Bewertungen entspricht. Diese leiten sich häufig aus Ansprüchen an ökologische Nachhaltigkeit oder fairen Handel ab. Außerdem beruht die Idee von ethischem Konsum auf der Annahme, dass jede einzelne Konsument*in Entscheidung einen direkten Einfluss darauf habe, was überhaupt zum Konsum bereitsteht. Über die Nachfrage soll also direkt das Angebot gesteuert werden. Ganz konkret: Wer statt Salami aus der konventionellen Fleischproduktion lieber Bio-Salami

kauft, kauft nicht nur ein Produkt, dessen Herstellung weniger Tierleid verursacht habe. Sondern er*sie sorgt auch gleichzeitig dafür, dass mehr Bio-Salami produziert wird und sich so insgesamt die Wurstproduktion verändert. Diese Logik lässt sich auf alle anderen Bereiche übertragen: loses Obst und Gemüse ist dann besser als verpacktes, Spargel aus Brandenburg besser als der aus Griechenland und so weiter. Frei nach Immanuel Kant: Konsumiere so, dass du wollen kannst, dass es alle so tun. Dadurch, dass diese Konsument*in Entscheidungen als moralisch "gut" bewertet werden, gelten alle anderen Entscheidungen zwangsläufig als schlecht und unmoralisch. Das ist die Stelle, wo es besonders problematisch wird.

Wo liegt das Problem?

Konsument*in Entscheidungen werden in der Regel nicht nur vor dem Hintergrund einer ethischen Bewertung oder auch nur des persönlichen Geschmacks getroffen. Entscheidend ist in den allermeisten Fällen zunächst, was die eigenen finanziellen Mittel hergeben. Produkte, die den oben erläuterten Ansprüchen genügen, sind in der Regel (deutlich) teurer, als Produkte, die das nicht tun. Das hat zum einen etwas mit real höheren Kosten etwa in der Lebensmittelproduktion zu tun (zum Beispiel durch größeren Einsatz von Arbeitskraft). Zum anderen aber auch damit, dass die Produzent*innen wissen, dass Konsument*innen, die sich über das Thema Gedanken machen (können), häufig mehr Geld ausgeben wollen und können.

Wer nun sowieso jeden Monat überlegen muss, wie der Kühlschrank gefüllt werden kann, hat keine freie Entscheidung darüber, wie viel Geld für Lebensmittel aufgewendet wird. Auch wer eigentlich lieber nur eine lose Paprika kaufen möchte, statt drei in Plastik verpackte, entscheidet sich im Zweifel für das kostengünstigere Angebot. Das gleiche gilt für billige Kleidung, deren Produktionsbedingungen häufig schlecht sind, aber es auch Menschen mit wenig Geld ermöglicht, sich nach eigenem Geschmack auszustatten. Vertreter*innen ethischen Konsum jedoch strafen solche unter Zwang getroffenen Entscheidungen dann mit moralischer Verurteilung.

Weiterhin setzt diese Vorstellung an individuellen Handlungen an, die Verantwortung für die Veränderung einer systematisch Menschen ausbeutende und Natur zerstörende Produktionsweise übernehmen sollen. Es ist im Kapitalismus jedoch weder möglich, nicht zu konsumieren noch nicht-kapitalistisch zu konsumieren. Ein Einkauf in einer Bio-Supermarktkette mag vielleicht mit Blick auf ökologische Nachhaltigkeit hilfreich sein, dafür zahlen diese Ketten meist besonders schlechte Löhne an ihre Angestellten. Die einzelne Entscheidung für eine Wurst aus Bio-Produktion ändert noch nicht die Logik unter der Unternehmen wirtschaften und in der sie dazu gezwungen sind, möglichst profitabel zu handeln. Eine Logik, in der es für Unternehmen profitabler ist, Brot wegzuworfen als es zu verschenken, lässt sich nicht durch die Entscheidung für ein Bio-Mischbrot durchbrechen.

Was ist unsere Alternative dazu?

Statt also den Konsum der Einzelnen zu kritisieren, sollten wir für die Kritik der Produktion streiten. Das Problem liegt in einer Gesellschaft, in der die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einer Logik unterworfen ist, die sich nicht an diesen Bedürfnissen orientiert, sondern in der Erhöhung des Profits. Diese Diskussion ist dann nicht nur in thematischen Bündnissen wie Fridays for Future zu führen, sondern zum Beispiel auch in Jugendrängen.

Steffen Göths
LV Brandenburg

Von Verschwesterung und Widerstand - Feministische Bewegung als Hoffnungsträger

Anlässlich des G20-Gipfels in Buenos Aires reiste eine Falken-Delegation Ende November 2018 nach Argentinien. Im Nachgang der Reise entstand eine Broschüre, in der die Delegation sich mit dem Thema „Feminismus in Argentinien“ auseinandersetzt. Aus dieser Broschüre drucken wir den ersten Artikel „Von Verschwesterung und Widerstand - Feministische Bewegung als Hoffnungsträger“.

Wenn ihr mehr über die Reise und das Thema erfahren möchtet, schaut in die Broschüre.

Ihr findet die Broschüre online unter:

www.wir-falken.de/publikationen/broschueren/10767680.html

Zudem kann sie gegen Porto- und Versandkosten im Falken-Shop bestellt werden.

Ein grünes Tuch, ein Spruch an vielen Wänden: "Vivas nos queremos", "Wir wollen uns lebend", eine Bewegung, viele Forderungen. Die feministische Bewegung in Argentinien ist ganz viel und sie ist überall. Der Anfang der aktuellen Welle des feministischen Protests und Kampfes wird meist 2015 mit der Gründung des Bündnisses "Ni una Menos" (dt.: Keine Einzige weniger) gegen brutale Femizide und sexualisierte Gewalt an Frauen* gesetzt, hat seitdem massiv an Fahrt aufgenommen und ist nun eine der treibenden Kräfte im Land. Sie kämpfen für Gedenken an Chiara, Lucía und all die weniger prominenten toten jungen Frauen*, die vergewaltigt in Müllsäcken endeten. Für Feminismus und gegen eine frauen*feindliche Gesellschaft, in der solch schreckliche Verbrechen an der Tagesordnung stehen: Alle 30 Stunden wird in Argentinien eine Frau umgebracht. Sie kämpfen für legale, kostenlose Abtreibungen und körperliche Selbstbestimmung. Denn ungewollte Schwangerschaften sind Realität, genauso sind es Abtreibungen - und durch ihr Verbot auch die Tatsache, dass immer wieder Frauen* daran sterben, da sie illegale und unprofessionelle Schwangerschaftsabbrüche durchführen lassen müssen.

Sie kämpfen für ökonomische Gleichheit und das Aufbrechen von patriarchalen Strukturen, die Frauen* in Abhängigkeitsverhältnisse drängen. Frauen* machen nach wie vor den Großteil der Hausarbeit und sind durch die zunehmende Prekarisierung, Verlängerung der Arbeitszeit, Kombination von unbezahlter Hausarbeit und bezahlter Lohnarbeit am meisten betroffen. Die ökonomische Ungleichheit ist ein wichtiger Nährboden für eine frauen*feindliche Gesellschaft, da sie Abhängigkeit und Unterordnung mit sich zieht.

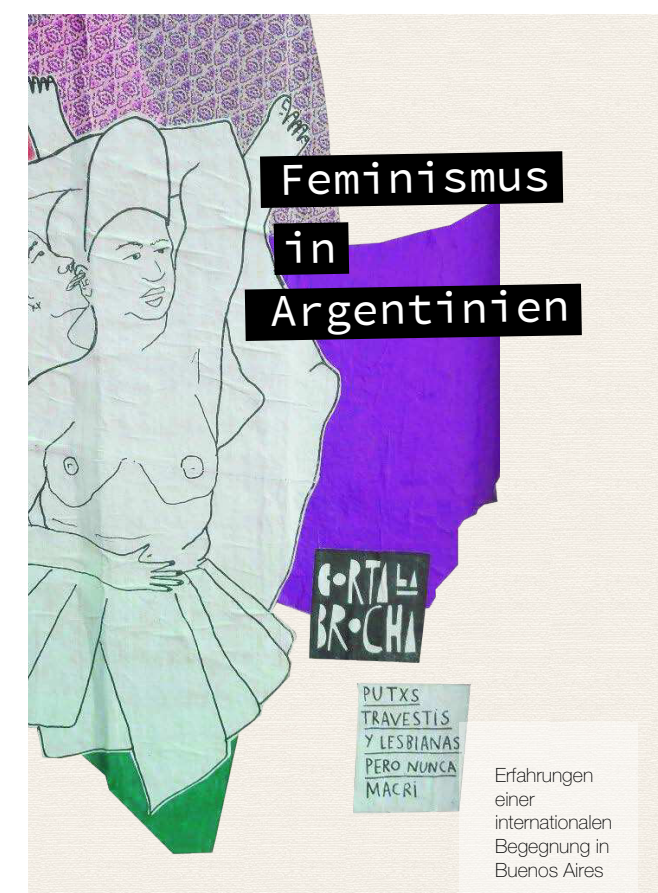
Sie kämpfen gemeinsam gegen Diskriminierung in allen Lebensbereichen und gegen die patriarchale Gesellschaft mit ihren unterdrückenden Strukturen. So finden sich auf den Demonstrationen und Veranstaltungen junge Studentinnen, Alleinerziehende, Prekär Beschäftigte, Indigene, und viele mehr.

Schulter an Schulter strecken sie das grüne Tuch in die Höhe, als Verschwesterung, aber auch als gemeinsamen Angriff auf das Patriarchat und für eine Gesellschaftsveränderung. Keine andere Bewegung schafft es gerade so viele Menschen zu mobilisieren, zu politisieren und auf die Straße und zu Veranstaltungen zu bringen. Keine andere schafft es, dem neoliberal-konservativen Präsidenten Mauricio Macri zum Trotz, ihre Themen auf die politische Agenda zu setzen und einen gesellschaftlichen Diskurs zu verändern bzw. zu beginnen. Die feministische Bewegung ist aktuell die lauteste und stärkste Opposition gegen Macri. So wurden zum Beispiel die ersten Streiks gegen die Austeritätspolitik des Präsidenten nicht von den historisch starken und in der Gesellschaft fest verwurzelten Gewerkschaften initiiert, sondern von Frauen*. Und auch wenn sie es nicht erfolgreich zu einer Gesetzesverabschiedung geschafft hat, so wurde die Debatte um Abtreibung im Abgeordnetenhaus und Senat öffentlich thematisiert und besprochen - und durch ihr Verbot auch die Tatsache, dass immer wieder Frauen* daran sterben, da sie illegale und unprofessionelle Schwangerschaftsabbrüche durchführen lassen müssen.

zu sein. Und das in einem Land, in dem die konservative Regierung und die katholische Kirche ihr immer mehr Steine in den Weg legt. Eine Veränderung geschieht wahrscheinlich nicht durch Institutionen und Recht, sondern durch die Eröffnung von Debatten und Diskursen in der Gesellschaft.

Wo vor 10 Jahren noch nicht über Abtreibung oder die Infragestellung weiblicher Hausarbeit gesprochen werden konnte, sind eben diese Fragen nun überall und der Vorhang der Tabuisierung endgültig zur Seite gezogen. Es gibt fast keinen Ort mehr, an dem nicht über die Rechte der Frauen* diskutiert wird oder feministische Symbole zu sehen sind. Die feministische Bewegung ist nicht einnehmend und übernehmend, sondern ein Hoffnungsträger für die Transformation zu einer gerechteren Gesellschaft, die größte, radikalste und am meisten mobilisierende Bewegung, die es schafft, gesellschaftliche Diskurse zu beeinflussen, viele Menschen zu politisieren und auf die Straße zu bringen. Sie ist ein Anfang, der den Stein ins Rollen bringt.

Eva Gertz



Erfahrungen einer internationalen Begegnung in Buenos Aires

Bild: Sureja Gotzmann



Ethisches Essen aus dem Bio-Supermarkt?

Bild: Wegavision

Von Männern und Mädchen

Über die Verachtung, die einer Vorkämpferin für Klimagerechtigkeit entgegenschlägt

Greta Thunberg war erst fünfzehn, als sie innerhalb kürzester Zeit weltweite Berühmtheit erlangte. Im Sommer 2018, der in Europa von einer ungewöhnlichen Hitze- und Dürreperiode geprägt war, setzte sie sich nach Ende der Sommerferien erstmals freitags während der Schulzeit mit einem Schild vor den schwedischen Reichstag in Stockholm und streikte. Ihr Protest richtete sich dagegen, dass die Maßnahmen der schwedischen Regierung und anderer Industrienationen gegen den Klimawandel unverantwortlich seien und nicht annähernd weit genug gingen, um dessen Fortschreiten zu verhindern. Sie bezog sich dabei insbesondere auf das Pariser Klimaabkommen gegen die globale Erwärmung, dem 2015 zwar 197 Vertragsparteien zugestimmt haben. Nach derzeitigem Stand werden die dort formulierten Ziele von kaum einem Staat erreicht. Nach ihrem Vorbild entstand innerhalb des letzten Jahres die "Fridays for Future" (FFF)-Bewegung, in der maßgeblich Schüler*innen freitags für die Klimarettung demonstrieren und das in ganz Europa und darüber hinaus. Greta wurde zum Gesicht der Klimarettungs-Bewegung und nutze schnell ihre Bekanntheit, um auf ihre Ziele aufmerksam zu machen. Dafür fuhr sie zu zahlreichen Events, darunter die UN-Klimakonferenz in Katowice und das Weltwirtschaftsforum in Davos. In Berlin wurde ihr für ihr Engagement die Goldene Kamera

verliehen. Mit der Bekanntheit kam jedoch auch ein ungeahntes Maß an Hass, das sich seitdem besonders in den sozialen Medien, aber auch in Zeitungsartikeln über sie ergießt.

Zwei provokative Zöpfe

Offensichtlich ist alles an Greta für ihre Gegner*innen unheimlich provokant. Bereits ihr „braves“ Aussehen mit dem akkurat Mittelscheitel und zwei langen Zöpfen ist Anlass für Mutmaßungen, sie sei doch wohl eher 12 als 15. Schnell gilt sie als instrumentalisiert von ihren Eltern, die in Schwedens Kulturszene bekannt sind. Als öffentlich wird, dass bei Greta das Asperger-Syndrom diagnostiziert wurde, scheint dies für ihre Kritiker*innen ein gefundenes Fressen, um sie als verrückte „Gretel Thunfisch“ für unzurechnungsfähig zu erklären. Ein Ausschnitt aus dem Buch Szenen aus dem Herzen, das die Thunberg-Familie kürzlich veröffentlichte, fand dabei besondere Beachtung. Gretas Mutter berichtet dort an einer Stelle darüber, dass Greta sehe, was andere nicht sehen wollten: „Greta gehört zu den wenigen, die unsere Kohlendioxide mit bloßem Auge erkennen können. Sie sieht, wie die Treibhausgase aus unseren Schornsteinen strömen, mit dem Wind in den Himmel steigen und die Atmosphäre in eine gigantische unsichtbare Müllhalde verwandeln“. Ein Zitat, das sicherlich keine übersinnliche Fähigkeit von Greta enthüllt, sondern im

SKOLSTREJK FÖR KLIMATET

Bild: Leonhard Lenz

übertragenen Sinne zu verstehen ist, aber seitdem häufig aus dem Zusammenhang gerissen wird, um zu unterstreichen, dass die Familie Thunberg spinn.

Um der Wahrheit nicht ins Auge blicken zu müssen, dass ein junges Mädchen aus Schweden etwas ausspricht, das in der Konsequenz bedeuten würde, dass sich durch eine wirksame Klimapolitik die Lebensgestaltung einiger Menschen radikal ändern müsste, ist den Kritiker*innen keine Schmähung zu blöd. So steht besonders Gretas angebliche Unglaubwürdigkeit aufgrund ihrer vermeintlichen Inkonsistenz immer wieder im Mittelpunkt. Ein Reflex, der schnell auf die gesamte Bewegung übertragen und teilweise mit vermutlich beabsichtigten Falschdarstellungen illustriert wird. Kaum ein Facebook-Post über Greta, unter dem nicht das Bild von ihr verlinkt wird, auf dem sie im Zug von Plastikgeschirr isst, kaum ein Artikel über FFF, unter dem nicht das Bild einer vermüllten Straße – angeblich Überreste der letzten Schüler*innen-Demo – zu finden ist. Meist lässt sich leicht nachweisen, dass diese Bilder von anderen Events stammen. Zu Beginn der Sommerferien höhnten die Greta-Gegner*innen, dass ja nun sicher alle „Schulschwänzer*innen“ mit ihren Eltern in den Urlaub fliegen würden. Dass Streik nicht dasselbe ist wie Schwänzen, dass er auch in den Ferien nicht funktioniert, weil ja auch Arbeiter*innen nicht während des genehmigten Urlaubs streiken, dass FFF trotzdem die Demonstrationen aufrief – egal. Offenbar ist die Unmöglichkeit, in einer Umwelt-

zerstörung in Kauf nehmenden Gesellschaft klimaneutral zu leben, eine willkommene Ausrede. Was man eigentlich mit sich selbst ausmachen müsste, nämlich den Wahrheitsgehalt der Aussagen der Klimabewegung für sich zu prüfen und über Konsequenzen nachzudenken, lässt sich durch den Angriff auf die Überbringer*innen der Botschaft abwehren. Auch inhaltlich ist das eine höchst problematische Perspektive, denn das Problem des Klimawandels ist ja gerade, dass ihn nicht jeder Mensch individuell verhindern kann. Denn Einfluss über seinen individuellen und gesellschaftlich verschwindend geringen Konsum hat man ohnehin nur sehr begrenzt. Auf Anbieterseite ist der Klimaschutz selbst nicht mehr als eine Marketing-Masche und niemand weiß, ob beim Rewe die neuerdings unverpackt verkauften Paprika nicht hinter den Kulissen einfach nur aus der Tüte ausgepackt werden. Das eigene, „saubere“ Konsumverhalten kann lediglich zur Verdeutlichung des Problems dienen und die eigene Überzeugung unterstreichen – so wie Greta es tut, wenn sie stundenlang Nachtzug fährt, statt zu ihren Vorträgen mit dem Flugzeug anzureisen. Aber nicht einmal die dadurch ausgedrückte „Haltung“ kann sich jede*r leisten, denn Bio-Produkte und Bahnreisen sind teuer. So wird selbst das schlechte Gewissen noch auf diejenigen abgewälzt, auf die für ihre Armut ohnehin schon herabgeschaut werden kann. Etwas, das zumindest kapitalismuskritische Ökostreikende mit ihrem Protest zu Sprache bringen, wenn man ihnen

denn zuhört. Das aber wollen die Kritiker*innen gar nicht. Wer hasst hier eigentlich wen? Wer sind denn eigentlich die Menschen, die so viel Hass investieren, um Schüler*innen zu diffamieren und die völlig ironiefrei bei den ersten Anzeichen, dass 2019 kein erneuter Dürresommer werden könnte, schreiben: „Mit Freibad hat es sich erledigt. Danke Gretel“? Es lässt sich leicht mutmaßen, dass es sich zum einen um Rechte handelt, um AfD-Sympathisant*innen, Leugner*innen des Klimawandels, die dieselbe Hetze auch gegen die Grünen platzieren, wo es nur im Entferntesten passt und dabei mit Vorliebe Frauen wie Claudia Roth oder die Vorsitzende der Grünen Jugend, Ricarda Lang, sexistisch diffamieren. Und auch dies ist sicher keine zufällige Schnittstelle: Während bei FFF viele Mädchen und junge Frauen präsent sind und Interviews geben, scheint es sich bei ihren Gegner*innen oft um erwachsene Männer zu handeln. Insgesamt ist Umweltpolitik geschlechterpolitisch betrachtet ein spannendes Phänomen: Obwohl Frauen statistisch gesehen nachweislich „klimafreundlicher“ leben, sind sie, gerade im Globalen Süden, deutlich stärker von den Folgen des Klimawandels und von Naturkatastrophen bedroht. Das liegt beispielsweise daran, dass sie sich häufiger um Kinder und Angehörige kümmern und im Falle einer akuten Bedrohungssituation, z.B. eines Tsunamis, nicht nur ihr eigenes Leben in Sicherheit bringen müssen. Aber auch die höhere Armutsquote bei Frauen führt dazu, dass sie zum Beispiel im Falle einer Dürre schneller existenziell bedroht sind. Der Klimawandel ist also nicht geschlechts-

„klimafreundlicher“

Frauen sind nicht klimafreundlicher, weil sie sich mehr darum bemühen, sondern aufgrund ihrer gesellschaftlichen Benachteiligung. Global gesehen haben Frauen aus finanziellen Gründen seltener ein eigenes Auto und da weniger Frauen lohnarbeiten, haben sie auch keinen Arbeitsweg. Unter anderem daher verursachen Frauen weniger CO₂-Emissionen.

neutral. Misogynie und die Leugnung der menschlichen Verantwortung für den Klimawandel sind miteinander verknüpft. Umso bezeichnender ist es, mit welcher Verachtung Mädchen und Frauen wie Greta Thunberg begegnet wird, die, polemisch gesagt, wieder einmal den Dreck wegräumen, den die Männer im Wandel der Zeit verursacht haben.

Jana Herrmann
UB Dortmund



Bild: Anders Hellberg



Bild: F138-1513-822, AdaD / Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Clara

„Clara“ ist die feministische und frauenpolitische Seite der aj. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der „Gleichheit“, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.

„Ohne Organisationen wie uns hätte FfF nie so groß werden können“

Telefon-Interview mit
Leander Dieckow, KV Köln

Wie ist es denn dazu gekommen, dass der KV Köln bei Fridays for Future in Köln von Anfang an dabei war?

In Köln war der erste Streik am 14.12.2018 [der deutschlandweit erste Streik war am 7.12.2018, Anm. d. Red.] und ich und ein anderer Genosse wurden in eine WhatsApp-Gruppe hinzugefügt. Wir waren dann beide beim ersten Streik. So hat es sich einfach ergeben, dass wir gesagt haben: „Vielleicht können wir auch so ein bisschen die Verbandsperspektive da reinbringen.“ Weil wir da schon Chancen gesehen und auch bei den ersten Streiks gemerkt haben, dass da schon viele grün-bürgerliche neureiche Kiddies mitgewirkt haben, und wir gucken wollten, dass wir denen ein bisschen Kapitalismuskritik beibringen. Und da haben wir dann angefangen, dass wir zusammen Moderationsworkshops gegeben haben, dass wir die in der Bottmühle [Räumlichkeiten des KV Köln] ihre Plena haben machen lassen oder dass wir Material geben. Zum Beispiel gab es ja in Köln jetzt diesen Dauerstreik für fünf Tage und da haben wir 90 % des Materials gestellt. Also es hat sich eigentlich wirklich aus unserer Einzelinitiative

ergeben, dass das Verbandsinteresse geweckt wurde. Und mittlerweile sind wir so fünf, sechs Menschen, die sehr tief in der Orga von FfF verankert sind, unter anderem bin ich auch bei bundesweiten AGs.

Wie kamen die Verbandsperspektive und die Kapitalismuskritik bei den Leuten an?

Echt gut eigentlich, weil auch einige andere Organisationen mitgeholfen haben. Also wir haben sehr stark mit der DIDF-Jugend zusammengearbeitet in Köln, die sind auch ziemlich korrekt. Und so generell ist die ganze Klimagerechtigkeitsbewegung antikapitalistisch, weil sie es ja auch sein muss. Das haben die anderen Leute auch echt schnell erkannt, gerade, weil auch die Ikonen der Bewegung wie Greta Thunberg gesagt haben, dass es einen Systemwandel braucht, um den Klimawandel zu stoppen. Daher hat das schon Anklang gefunden. Wir haben das ja auch schlaue vermittelt und nicht gleich „Tod der Bourgeoisie!“ gerufen, sondern einfach mit Einführungen angefangen haben, also mit Workshops wie „Kapitalismuskritik für Einsteiger*innen“ und das kam recht gut an. Aber es ist natürlich auch auf Ablehnung gestoßen von Menschen, die sagen, dass FfF unpolitisch sei, dass wir zu radikal seien und dass die Antikapitalist*innen FfF nutzen würden, um die Bewegung zu unterwandern. Aber wir haben das ja auch ganz offen gestaltet und klar gesagt, dass wir Antikapitalist*innen sind und auch zu den Positionen unseres Verbandes stehen. Und das kam insgesamt schon ganz gut an, auch weil wir FfF ja nicht geschadet haben mit unseren Positionen, sondern geholfen. Ohne Organisationen und Verbände wie die DIDF und eben uns hätte FfF nie so groß werden können, weil wir ihnen Räume gegeben haben, weil Tim [der Jugendbildungsreferent, Anm. d. Red.] die Flyer entworfen hat und so weiter. Das hätten sie nicht leisten können, weil es ja schon viel Aufwand ist und wir halt einfach die Möglichkeiten haben, die zu unterstützen. Was dann eben auch hieß, dass wir Anklang finden.

Weil sie gesagt haben, „wenn sie uns helfen, dann können die auch gar nicht so dumme Sachen erzählen“. Also am Ende wurde die Kapitalismuskritik so teils-teils aufgenommen, aber insgesamt ist die Ortsgruppe Köln schon eine der antikapitalistischsten und eine der linksradikalsten in Deutschland, da haben wir auf jeden Fall auch unseren Teil zu beigetragen.

Würdest du sagen, dass Ökologie im Gegenzug auch bei Falken präsenter geworden ist?

Ökologie ist im Verband ja schon immer ein sehr schwieriges Thema, ich bin ja jetzt auch schon einige Jahre mit dabei. Und es wurde nie krass besprochen, auch bei uns im KV nicht wirklich. Aber ich glaube, es ist schon besser geworden. Ich kenne zum Beispiel auch Falken aus Nürnberg, die bei FfF mitgewirkt haben. Und ich glaube, es ist für den Verband auf jeden Fall auch gut. Nur muss der Verband auch ganz klar erkennen, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung mit den ganzen Organisationen und den ganzen Aktionen gerade den größten sozialen Kampf führt und die größte soziale Bewegung ist. Da müssen wir halt einfach mehr mitarbeiten, wenn wir noch irgendwie gesellschaftlich relevant bleiben wollen. Weil das einfach der aktuellste Kampf ist, der geführt wird. Ich glaube, da tun die Falken noch zu wenig, darauf haben sie noch zu wenig eine Perspektive. Da müssen die Falken eigene Positionen entwickeln und selber aktiv werden, weil das sonst eine riesige verpasste Chance ist, auch von der Mobilisierung von Menschen aus gesehen. Beispielsweise fährt bei uns zum Sommerzeltlager jetzt wieder ein Mensch von FfF mit. Und das sind auch ganz viele gerade politisierte Jugendliche, die man super in die Falkenarbeit einbinden kann. Was bis jetzt in Köln auch super klappt. Natürlich nur in ganz kleinem Maße, bisher so ein, zwei Personen, aber das ist ein riesiges Potential, das es gibt und dass der Verband auf jeden Fall nutzen muss.

das Interview führte
Jan Schneider

Leser*innenbrief zu Maria Neuhauss „Frauen und Politik – ein Spannungsverhältnis“

In der Ausgabe 2/2018 beleuchtete Maria Neuhauss unter dem Titel „Frauen und Politik – ein Spannungsverhältnis“ die Frage, warum Mädchen und Frauen im Verband immer noch unterrepräsentiert sind, wenn es um das „Politik machen“ geht, also das Schwingen großer Reden auf Konferenzen oder dem selbstbewussten Positionieren im politischen Geschehen. Als Gründe erkannt werden die „männlichen, aber nicht immer menschlichen Formen des Politikvollzugs“, die weibliche Sozialisation, die immer noch vor allem auf Harmonie und Dienstleistung für andere ausgerichtet ist, sowie der systematische Ausschluss von Frauen aus der Politik seit der Antike: über die Gemeinschaft als Ganze hatten nur Männer zu sprechen, Frauen durften höchstens ihre Partikularinteressen vertreten. Dem stellt Maria u.a. ein Programm entgegen, dass Mädchen und Frauen dabei helfen soll, „fertige politische Subjekte“ zu werden.

Natürlich soll der schlechte Status quo nicht fortbestehen und natürlich sollen Jungen und Männer dafür nicht weniger über Politik reden, sondern Mädchen und Frauen mehr. Und doch kommt es mir nicht so vor, als wäre Versöhnung eingetreten, wenn sich der Anteil von Mädchen und Frauen in den Gremien, auf Konferenzen und auf den Redner*innenlisten auf die Hälfte erhöhen würde.

Politik ist (zumindest im Kapitalismus) immer nur eine Seite eines Gegensatzpaares: das Allgemeininteresse in Abgrenzung zum eigenen Interesse. Marx nennt das die Sphäre des Citoyens, also des Staatsbürgers, gegenüber der des Bourgeois, also des egoistischen Marktsubjekts. Allgemeininteresse und individuelles Interesse schließen sich häufig gegenseitig aus und doch sind die Menschen im Kapitalismus gezwungen, sich gleichermaßen für beides einzusetzen. Beispielsweise hat man als Arbeitnehmer*in ein Interesse an höherem Lohn (Partikularinteresse), könnte aber nie so viel fordern, dass der Profit zu gering ausfällt (Rücksicht auf das Allgemeininteresse). Denn da nur der Profit der Grund der Produktion

ist, ist der Arbeitsplatz sonst schnell ganz weg. Genauso will zwar jede*r, dass der Staat einen selbst in Ruhe lässt, aber gegen alle anderen soll er schon durchgreifen. Und dafür muss er bestehen und durchsetzungsfähig sein. Deswegen geht Marx davon aus, dass Staatsbürger und Bourgeois gleichermaßen in jeder und jedem stecken: der Kapitalismus zwingt uns alle in diese Doppelrolle hinein.

Dieses „Wollenmüssen“ sich gegenseitig ausschließender Interessen macht sich in der Wirklichkeit aber keineswegs bei allen Menschen gleichermaßen geltend. Systematisch werden Frauen* davon abgehalten, das Allgemeininteresse zu vertreten und auf das Partikularinteresse reduziert. Dieser Dualismus trennt zudem nicht nur Politik von Wirtschaft oder Privatleben, sondern zeigt sich auch innerhalb dieser Bereiche immer wieder, egal wie weit man „hineinzoomt“. Innerhalb der „kleinsten Zelle der Gesellschaft“, der Familie, gehen Männer* häufiger arbeiten und Frauen* machen eher den Haushalt; in der Lohnarbeit haben Frauen* seltener Managementposten oder MINT-Jobs und so weiter. Marx zeigt, dass selbst die einzelne Ware von diesem Dualismus beherrscht wird. Mit dieser Reduktion von Frauen* auf das Besondere gehen viele Nachteile einher wie geringeres Ansehen, geringere Entlohnung, Abhängigkeitsverhältnisse oder fehlende Entfaltungsmöglichkeiten für „männliche“ persönliche Fähigkeiten.

Natürlich soll das alles aufhören.

In Marias Artikel erscheint die „männliche“ Politik jedoch als Ideal, als etwas, dem sich jede* und jeder* am besten ständig widmen sollte. Sieht man die Politik jedoch als nur eine Seite eines Gegensatzpaares an, sollten wir so wenig Politik wie möglich machen, um als Verband nicht selbst einseitig zu werden. Sonst können wir die Aufhebung der Spaltung des gesellschaftlichen Lebens in Männer und Frauen, privat und öffentlich, Gebrauchswert und Tauschwert, Staat und

Gesellschaft, körperliche und geistige Arbeit usw. noch nicht einmal ein Stück weit vorwegnehmen.

Deswegen scheint mir die Unterrepräsentation von Frauen* im politischen Leben des Verbandes auf einen Mangel der Politik selbst hinzuweisen. „Politik“ umfasst eben nicht das gesamte bewusste Gestalten des (Verbands-)Lebens. Vielmehr sind manche Lebensbereiche aufgrund dessen, was Politik ist, gar nicht politisch thematisierbar. Beispiele wären die konkrete Umsetzung des Beschlossenen, das wirklich Konkret-Individuelle, das nicht in Argumentform Verallgemeinerbare und das Unlogische außen vor. So sind Emotionen und Bedürfnisse nicht verhandelbar, an sich sind alle gleichermaßen berechtigt. Interessiert man sich nicht für Politik, heißt das also nicht, dass man sich für nichts „Wichtiges“ interessiert. Weil Politik selbst beschränkt ist, bleiben genauso notwendige Sachen übrig. Trainiert man sich das Politik machen an, trainiert man sich zugleich etwas ab. Wer in Formen wie der der Politik denkt, „hat das Kapital intellektuell reproduziert und in sich akkumuliert“ (Bruhn).

Unser Zusammenleben, unsere Gruppenstunden und Zeltlager kommen mir so wertvoll vor, weil sie die Spaltung durchbrechen, die Aufhebung der Widersprüche zumindest andeuten. Das sollten wir nicht zugunsten des Politikmachens aufgeben. Wir sollten alle keine „fertigen politischen Subjekte“ werden.

Jan Schneider,
KV Weimar



Delegierte bei der Bundesfrauenkonferenz in Wolfsburg



Impressum

AJ - Die andere Jugend
2 - 2019

Herausgeberin:
Sozialistische Jugend
Deutschlands – Die Falken
Bundesvorstand

Luise & Karl Kautsky Haus
Saarstraße 14, 12161 Berlin

Tel. (030) 26 10 30-0
aj-redaktion@wir-falken.de
www.wir-falken.de

V.i.S.d.P.: Jana Herrmann

Redaktion: Miriam
Bömer, Steffen Göths, Jan
Schneider, Sergio Perder

Weitere Texte von:
AK Ökologie der Falken
Jena, Christoph Hövel,
Martin Adrians, Yannick
Passeick, Falken Nürnberg,
Eva Gertz, Jana Herrmann,
Leander Dieckow

Fotos und Grafiken:
Lena Schliemann (Grafik
S.1), Falken Jena (S.2,3), John
Jabez Edwin Mayal (S.5),
Leonhard Lenz (S.6), Karin-
Karin, Pixybay (S.7), FARN
(S.8), Falken Nürnberg (S.9),
Wegavision (S.10), Sureija
Gotzmann (S.11), Anders
Hellberg (S.13), Pixabay
(S.14), Nathalie Löwe (S.15),
Loreen Schreck (S.16), Sarah
Neumann (S.16), Mechthild
Rolfes (S.16)

Layout: Lena Schliemann

Druck: BVZ Berliner
Zeitungsdruck GmbH

Gefördert aus Mitteln des
Kinder- und Jugendplans
des Bundes.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



v.l.n.r. Sarah, Steffen, Lolo

Bilder: Loreen Schreck, Sarah Neumann, Mechthild Rolfes

The Party Socialism needs

... ist der Titel des beschlossenen Programms des Bundes-SJ-Rings für die kommenden zwei Jahre. Für diese Zeit hat die Bundeskonferenz im Mai beschlossen, welche Veranstaltungen und Inhalte im SJ-Bereich auf Bundesebene bearbeitet werden.

Ein großer Schwerpunkt wird die HelfCon, eine bundesweite Helfer*innenkonferenz, welche schon im Mai 2020 stattfindet, sein. Hier sollen gemeinsam Positionen erarbeitet, unterschiedlichen Praxen miteinander diskutiert und neue Impulse für die Gruppenarbeit im Verband gesetzt werden. Das Ziel des Bundes-SJ-Rings ist es an dieser Stelle SJ-Helfende anzusprechen, um ins Gespräch über spezifische Anforderung der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen zu kommen. Dabei wollen wir gemeinsam Konzepte entwickeln, in denen der pädagogische Charakter der SJ-Arbeit herausgestellt wird.

Außerdem wurden verschiedene inhaltliche Schwerpunkte

beschlossen: So wird es gemeinsam mit interessierten Gliederungen ein Seminar zu Ökologie geben, um zu diskutieren, was unsere Perspektive als Sozialist*innen darauf ist. Das Thema Wohnen wird zum Schwerpunkt der kommenden AJ und außerdem sollen dazu auch jugendpolitische Forderungen formuliert werden, die der Verband anschließend nach außen trägt. Im Hinblick darauf, dass sich der Mauerfall dieses Jahr zum 30. Mal jährt und damit auch das Ende der DDR, wird sich unser großes Seminar Rosa & Karl 2020 damit beschäftigen, im Nachgang werden unsere Erkenntnisse aus dem Seminar, mögliche offene Fragen und weitere Thesen in Form einer AJ publiziert.

Ein neues Projekt werden unsere regionalen Seminare sein: Wir können zwei Seminare mit Gliederungen umsetzen. Wenn ihr also bei euch in der Gliederung gerne ein SJ-Seminar machen wollt und dabei Unterstützung benötigt, sagt uns einfach Bescheid. Wir schauen dann gemeinsam, was möglich ist.

Neben dieser neuen Idee wird es natürlich auch bewährte Formate wie Ehrenamt ballert! weiterhin geben. Natürlich werden wir außerdem an den gemeinsamen Projekten des Bundesvorstands mitarbeiten und dort gezielt die Perspektive von SJler*innen und ihren Helfenden einbringen. Uns ist dabei wichtig, dass wir Feedback aus den Gliederungen bekommen: Was interessiert euch, wobei möchtet ihr Unterstützung, welche Veranstaltungen sind für euch spannend? Wenn ihr euch für die Mitarbeit bei einzelnen Veranstaltungen interessiert oder gerne Teil des Bundes-SJ-Rings werden wollt, spricht uns jederzeit an. Ihr trefft uns auf Gremien, Seminaren und manchmal auch bei euch in Gliederung vor Ort - wenn ihr Lust auf Besuch habt, sagt Bescheid, wir freuen uns immer in Gliederungen zu tagen und Abends dann mit euch eure Lieblingskneipe zu besuchen.

Euer Bundes-SJ-Ring
Lolo, Sarah und Steffen

Liebe Leser*innen,

Ihr seid nun mit dieser AJ durch, in die wie immer viel Zeit und Mühe u.a. der Autor*innen, der Redaktion und der Layouterin geflossen sind und in der auch einiges an Verbandsgeld steckt. Und es wäre doch schade, wenn das alles eigentlich völlig an euren Bedürfnissen vorbei gegangen ist. Deswegen wollen wir euch an dieser Stelle bitten, uns etwas über euch, eure Interessen und Erwartungen an die AJ und den AJ-Blog andere-jugend.de zu erzählen. Dann werden die nächsten Ausgaben vielleicht (noch oder zumindest etwas) interessanter, beliebter, kurzweiliger und etwas, das man kaum erwarten kann, in den Händen zu halten.

Wir würden uns jedenfalls sehr freuen, wenn ihr euch fünf Minuten Zeit nehmen könntet:

<https://bit.ly/2ZzXpzu>

Vielen Dank und Freundschaft!
Eure AJ-Redaktion